

# Anlage V

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Haushaltsrede der Wählerinitiative Rosendahl wird sich, wie in den vergangenen Jahren, nicht mit allen Themenbereichen beschäftigen, sondern setzt sich mit Teilbereichen auseinander.

Der vorliegende mit ca. 2,4 Mill Euro defizitäre Haushalt 2017 spiegelt die Haushaltsmechanismen wider und war so zu erwarten. Nach einem Jahr hoher Steuereinnahmen folgen geringere Landeszuweisungen und höhere Kreisumlagen. Wir müssen froh sein, dass wir in den Folgejahren von einem weiterhin starken eigenen Steueraufkommen ausgehen dürfen. Wir müssen sogar damit rechnen, dass wir Abundanzgemeinde werden, da wir weiterhin keine Schlüsselzuweisungen erhalten werden. Eine Entwicklung mit der bis vor 2 Jahren niemand gerechnet hätte.

Hoffen wir, dass die starke Phase der „brummenden Wirtschaft“ anhält.

Wer in Deutschland auf den Straßen unterwegs ist, wird festgestellt haben, dass der Verkehr immer weiter zugenommen hat, gerade NRW ist Stauland Nr. 1. Die Zahl der Berufspendler steigt und steigt. Wir sollten zumindest unseren kleinen Beitrag leisten, dies nicht noch zu unterstützen. Daher sollten wir neben der notwendigen weiteren Ausweisung von Baugrundstücken in Darfeld nicht vergessen, auch Gewerbegrund seitens der Gemeinde anbieten zu können. Dies ist keine leichte Aufgabe, denn die landwirtschaftlichen Verbände klagen zu Recht über einen immer weiteren Flächenverbrauch. Um diesen Spagat hinzubekommen, müssen wir uns damit anfreunden - dort wo es geht - vermehrt in die Höhe zu bauen – was aber nicht bedeutet, dass hier massenweise Hochhäuser entstehen. Außerdem muss der Nachfrage nach kleineren Wohnungen (ohne Garten) Rechnung getragen werden, da die Lebenssituation der Familien sich geändert hat, es gibt vermehrt Singles und Kleinfamilien. Familien mit mehr als drei Kindern wie früher häufig zu sehen gibt es kaum noch. Sie konnten es gestern noch in der Zeitung lesen.

Um aber flexibel agieren zu können, muss die Verwaltung finanziell in der Lage sein, Grundstücksgeschäfte schließen zu können. Diese Möglichkeit haben wir im Haushalt verankert.

Unsere jetzige Handlungsfähigkeit, das gute Finanzpolster haben ihre Ursache in der guten konjunkturellen Lage und den Sparanstrengungen der vergangenen Jahre. Nicht die geringe Steigerung der Grundsteuern A und B, sondern der starke Anstieg der Gewerbesteuer ist es, der es zulässt, unsere weiterhin steigenden Ausgaben zu kompensieren. Ein guter Kaufmann würde an unserer Stelle also sofort versuchen mehr Gewerbe anzusiedeln, was auch seit langer Zeit unsere Forderung ist. Daher brauchen wir dringend besonders im Ortsteil Holtwick Gewerbegrund. Es rechnet sich, nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch.

Ein weiterer erfreulicher Punkt neben der Zunahme der Steuereinnahmen ist die Zunahme der Geburten in Rosendahl. Zwar folgen wir damit dem landesweiten Trend, der bundesweit eine Zunahme von 5 % verzeichnet, aber dennoch lokal unterschiedlich ausfällt. Es wäre sinnvoll, hier zu analysieren, welche Gründe dazu führten; ist es die frühere Kinderbetreuung, sind es sicherere Arbeitsplätze, ist es das Angebot von Bauplätzen in Neubaugebieten usw. Wenn wir dies wüssten, könnten wir auch zielgerichtet den positiven Trend unterstützen.

Unsere Infrastruktur, sicherlich weiter ausbaufähig, entwickelt sich positiv, die Aufgabe kleinerer Geschäft hat nachgelassen, die Lebensmittelversorgung ist weiterhin gewährleistet und wird sich sogar noch erweitern, die Kinderbetreuung wird weiter ausgebaut, die Anmeldezahlen an den Grundschulen sprechen für einen Fortbestand der drei eigenständigen Schulen. Was allerdings zu denken gibt sind die Anmeldezahlen der Sekundarschule. Wir können weiterhin versuchen, die Vorzüge dieser Schulform nach außen zu vermitteln und wir sollten auch überlegen, ob wir nicht auf Eltern anderer Kommunen zugehen, die ihre Kinder gerne an der Sekundarschule angemeldet hätten. Aber die Schulform leben muss das Kollegium.

Der dringend notwendige Bau einer neuen Kindertagesstätte sollte weiter forciert werden, die ersten Schritte sind ja bereits gemacht worden. Was wir aber nicht machen dürfen ist, uns am Anfang auf ein Lösungsmodell festzulegen ohne Alternativmodelle außer Acht zu lassen. Manche Kinder der Kindertagesstätten verbringen mittlerweile eine längere Zeit in der Kita als in der Grundschule. Die hohe Verantwortung des Trägers und des Personals steigen immer weiter. Daher freuen wir uns, dass beim späteren Tagesordnungspunkt die Vorstellung eines Trägers geplant ist. Des Weiteren sollten wir uns genau überlegen, ob es sinnvoll ist, einen Investor als Eigentümer zu favorisieren oder ob es nicht besser wäre, selber Herr im eigenen Haus zu sein.

Ein weiterer Trend laut Zeitung ist es, Urlaub im eigenen Land zu verbringen, außerdem nimmt der Urlaub mit dem Rad (sicherlich auch den E-bikes zu verdanken) zu. Auch hier gilt es, von diesem Hype zu profitieren. Holen wir doch die Kurzurlauber nach Rosendahl! Um dieses zu gewährleisten, müssen wir unsere Vorzüge in den Vordergrund stellen und wenn notwendig aggressiv bewerben. Lasst uns unsere attraktive Parklandschaft, unsere sehenswerten Gebäude, unsere kindgerechten Einrichtungen, unser gut ausgebautes Radwegenetz stärker vermarkten und lasst uns nach Zuschüssen zum Ausbau der Ladestationen suchen.

Durch eine stärkere Werbung für Rosendahl, durch ein verbessertes Angebot an ausgearbeiteten Radtouren, speziell für Familien mit Kindern, erhoffen wir uns auch, dass sich der ein oder andere Tourist von den Vorzügen von Rosendahl angezogen fühlt und dies auch weiter vermittelt. Vielleicht können wir so auf die ein oder andere Weise Neubürger in Rosendahl begrüßen. Stichwort Neubürger, an dieser Stelle heißen wir auch alle integrationswilligen ausländischen Neubürger herzlich willkommen. Tauchen Sie ein in unsere Kultur, ohne ihre Identität zu verlieren und leben Sie mit uns gemeinsam in unseren drei Dörfern zum Wohlfühlen. Allen Helfern der Rosendahler Flüchtlingshilfe und allen, die an der Integration mithelfen, ein herzliches Dankeschön.

Die Flüchtlingswelle von 2015/16 wird, wenn sich das soziale Ungleichgewicht (reiche Länder werden immer reicher auf Kosten der armen Länder) in der Welt nicht ändert, nicht die letzte gewesen sein. Aber ich schweife ab, das ist ein Thema, auf das wir als Kommune nur einen geringen Einfluss haben, daher zurück zum Haushalt.

Ich hatte zu Beginn darauf hingewiesen, dass die hohen Gewerbesteuereinnahmen 2015/2016 zur Folge haben, dass in diesem Jahr die Berechnungsgrundlagen zur Kreisumlage drastisch stiegen.

In den vergangenen Jahre haben die Bürgermeister im Kreis Coesfeld in ihrer Stellungnahme nach dem Mitwirkungsgebot §55 KrO immer wieder zu recht den geringen Einsparwillen und die hohen Finanzpolster des Kreishaushaltes bemängelt. In den letzten Jahren gab es im Kreishaushalt am Jahresende dicke Überschüsse, die sogar soweit führten, dass der Kreis die allgemeine Rücklagen erhöhen musste, da die Ausgleichsrücklage an ihre Grenzen gestoßen war, und dies alles mit den Geldern der kreisangehörigen Kommunen, die teilweise Kredite aufnehmen mussten, um die Kreisumlage zu bezahlen. Scheinbar sind in diesem Haushalt erstmals die Bürgermeister beim neuen Landrat nicht auf taube Ohren gestoßen. Im Kreishaushalt 2017 wurde eine Entnahme aus den Rücklagen einkalkuliert, um den Haushalt auszugleichen. Außerdem wurden zusätzliche Belastungen, die durch Verabschiedung des Gesetzes zur Unterhaltsüberbrückung und die Erhöhung der Landschaftsumlage den Kreishaushalt zusätzlich belasten, nicht einkalkuliert. Durch diese den Kommunen entgegenkommende Art hat Rosendahl Geld gespart.

Hätte der Kreis in diesem Jahr die LWL-Umlageerhöhung eingepreist sowie den Griff in die Rücklage ausgeschlossen, hätte dies für die Gemeinde Rosendahl eine weitere Mehrbelastung von 380.000 Euro bedeutet. Hier gilt unser Dank der Bürgermeisterrunde für ihre Ausdauer, vom Kreis eine kommunalfreundliche Haushaltsaufstellung zu veranlassen.

Der uns nun vorliegende Haushalt ist in den vergangenen Wochen von den Fachausschüssen SpKFS, VEA, SchB, PIBU und abschließend vom HF-Ausschuss beraten worden. Gegenüber dem im Dezember eingebrachten Haushalt gab es in der Hauptsache Änderungen durch notwendige

Anpassungen seitens der Verwaltung. Änderungsanträge durch die politischen Gruppierungen in der Gemeinde gab es kaum, sind aber berichtenswert.

Als erster Ausschuss tagte der SpKFS-Ausschuss am 8. Februar. Passend zu einem Antrag der katholischen Kirchengemeinde auf einen höheren Zuschuss für die Öffentlichen katholischen Büchereien in Rosendahl stellte die Wählerinitiative Rosendahl den Antrag, die öffentliche Gemeindebücherei an der GS Holtwick mit einem Zuschuss von 800 Euro auszustatten. Eine Förderung der Gemeindebücherei, die sich auf Kinder- und Jugendbücher spezialisiert hat und den idealen Standort hat, sie ist im Schulgebäude untergebracht und hat einen direkten Kontakt zu den Kindern, die die ersten Leseanfänge machen und denen, die schon lesen können. Wir wissen alle, Lesen ist die Grundlage des Lernens. Wer es schafft, Kindern den Spaß am Lesen zu vermitteln und sie dafür zu begeistern legt den Grundstein dazu. Lesen unterstützt den aktiven Spracherwerb, erweitert den Wortschatz und fördert die Konzentration. Je höher die Sprachkompetenz eines Kindes ist, desto besser kann es für gewöhnlich auch Sozialkompetenz entwickeln und Probleme auf verbalem Wege lösen.

Wer liest entwickelt außerdem die Fähigkeit, sich mit sich selbst zu beschäftigen und ist nicht auf passiven Konsum von Unterhaltungsmedien angewiesen. Geistige Eigenständigkeit und Urteilsfähigkeit entstehen durch die Auseinandersetzung mit verschiedensten Texten.

Nicht zuletzt regt Lesen die Phantasie an, da das Kind die Bilder nicht vorgesetzt bekommt, sondern bei der Rezeption des Textes in seinem eigenen Kopf erschaffen muss. Durch die Flut fremderzeugter Bilder hingegen, mit denen Kinder heute oft bereits sehr früh konfrontiert sind, geht diese Fähigkeit zur eigenen Bilderzeugung verloren. Diese ist nicht nur für die Entstehung von Kreativität, sondern auch für das konstruktive Lösen von Problemen unverzichtbar.

Nach ausgiebiger ca. 30 - minütiger Diskussion und Austausch unterschiedlicher Ansichten kam es zur Abstimmung. Die Kollegen von SPD und Grünen hatten keine Probleme, sich eine Meinung zu bilden und diese auch durch ihr Abstimmungsverhalten deutlich zu machen. Völlig anders dagegen die CDU-Vertreter. Sie wirkten wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen. Der Antrag der WIR käme überraschend, sie hätten sich nicht mit der Fraktion abstimmen können, hieß es.

Was bitte ist denn die Aufgabe der Ausschussmitglieder bei den Haushaltsberatungen? Sie sollen doch über vorliegende Anträge beraten, selber welche stellen und eine Empfehlung für den Rat geben. Wenn Sie nicht in der Lage sind selbstständig zu entscheiden, dann schicken Sie doch bitte die Mitglieder in den Ausschuss, die das Sagen haben. Auf die Mitglieder, die nur Staffage bilden, können wir verzichten.

Ich bin froh, dass ich einer Fraktionsgemeinschaft angehöre, mit Mitgliedern, die nicht immer gleicher Meinung sind – und das ist gut so – aber eine ganz wichtige Kompetenz haben : Vertrauen. Wir vertrauen uns gegenseitig und unsere Vertreter in den Fachausschüssen besitzen unser Vertrauen, eigenständig die richtigen Entscheidungen zu treffen. Sie müssen nicht erst den Fraktionsvorsitzenden fragen, wie sie denn abstimmen dürfen.

Von ihren 5 erwachsenen Ausschussmitgliedern aber gab es nur einen, der sich traute, ohne Rücksprache mit dem Fraktionsvorsitzenden seine Entscheidung kund zu tun. Bei 4 Enthaltungen der CDU-Vertreter gab es eine Mehrheit mit 5 Stimmen für den Antrag der Wählerinitiative, der Gemeindebücherei 800 Euro im Haushalt für die Neuanschaffung von Büchern zur Verfügung zu stellen.

Der Vollständigkeit halber sei hier ausgeführt, dass die beiden Anträge (Katholische Kirchengemeinde – Zuschuss für die Büchereien und Darfelder Reit- und Fahrverein – Zuschuss für Übungspony) einstimmig ohne Enthaltung genehmigt wurden.

Lassen Sie mich ohne die Wichtigkeit der anderen Ausschüsse zu schmälern zur abschließenden Beratung des Haushaltes 2017 im Haupt- und Finanzausschuss kommen.

Hier stellte die CDU den Antrag zusätzlich 10.000 Euro in den Haushalt zu stellen, mit der Maßgabe, dieses Geld zweckgebunden für Anträge von Vereinen und Verbänden vorzusehen.

Ein Antrag, der getrost in das Fach „Wahlkampfspektakel“ gelegt werden kann.

Man muss sich fragen, ob aus der Erfahrung der vergangenen Jahre irgendeine Notwendigkeit besteht, eine eigenen Haushaltsansatz für diese Anträge vorzusehen. Die Antwort lautet NEIN. Wie ist der Gemeinderat bisher damit umgegangen?

Lagen Anträge der Vereine zur Haushaltsaufstellung bzw. spätestens zur Haushaltsberatung vor, wurden diese nach Diskussion und Abwägung in den Haushalt eingestellt. Später, im Laufe des Jahres eingereichte Anträge wurden in den entsprechenden Ausschüssen beraten und bei Bewilligung die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt.

Wir können uns beim besten Willen nicht an eine Situation erinnern, wo dieses bewährte Verfahren nicht funktioniert hat, oder glauben Sie etwa allen Ernstes, dass Mittel in Höhe von 10.000 Euro nicht in einem über 20.000.000 Euro Haushalt zur Verfügung stehen. Was Sie hier veranstalten, ist reines Wahlkampfspektakel und hat „nichts auf den Hacken“.

Schlimmer noch: Sie und damit meine ich auch SIE, die CDU: Sie müssen der Verwaltung einen Kriterienkatalog an die Hand geben, wie die Produktverantwortlichen die eingehenden Anträge zu bewerten haben und wie sie mit diesen umgehen soll, nach welcher Maßgabe die Gelder verteilt, wer berücksichtigt und welche Anträge keine Berücksichtigung finden.

Muss der antragstellende Verein im Vereinsregister eingetragen sein, muss er gemeinnützig sein, sind Kegelveerein, Sportverein, Musikverein, Selbsthilfverein oder der „Verein zur Vernichtung alkoholischer Erzeugnisse“ gleichberechtigt? Was ist wenn der Betrag von 10.000 Euro überschritten wird? Wie wird das Geld aufgeteilt? Müssen die Anträge bis zu einem Stichtag eingereicht werden (z.Bsp. 14 Tage vor der Landtags- oder Bundestagswahl, damit kurz vor dem Wahlgang seitens der CDU noch mitgeteilt werden kann, wer großzügig bedacht wird)? Ist nach der Bundestagswahl alles vorbei, oder wartet man bis zum Jahresende und sammelt alle Anträge und verteilt dann? Fragen über Fragen, aber die CDU hat ja zugesagt eine Handreichung für die Verwaltung zu erstellen die keine Frage offen lässt. Da sind WIR aber gespannt.

Nachdem die CDU also ihre Wahlkampfgelder im Haushalt eingestellt hatten, erklärten sie, dass der Beschluss des SpKFS- Ausschusses, 800,- Euro für die Gemeindebücherei einzustellen, aufgehoben wird, die Bücherei kein Geld erhält.

Oha, haben wir uns gesagt, welche Gründe hat die CDU veranlasst sich gegen den Mehrheitsbeschluss des Fachausschusses zu stellen, den sogar der Ausschussvorsitzende aus Reihen der CDU – wenn auch nur als einziges CDU-Mitglied – mitgetragen hat. Es müssen extrem wichtige Gründe sein, die die CDU getrieben haben muss, diese 800,- Euro aus dem Haushalt zu streichen. Wir sind in uns gegangen und haben verzweifelt nach Gründen gesucht.

Waren es etwa formale Fehler? War der Antrag nicht rechtzeitig gestellt? Nein, rechtzeitig war er, wir befanden uns ja in den Haushaltsberatungen.

War der Antrag im falschen Ausschuss gestellt worden? Nein, auch nicht.

War der Antrag vielleicht im falschen Produkt gestellt worden? Nein, Produkt 16 ist das richtige.

Hatten wir vielleicht die falsche Haushaltsposition genannt? Nein, und wenn, hätte die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht.

Oder ist eventuell die Sicherheit und Ordnung der Bundesrepublik durch unseren Antrag gefährdet? Sollen etwa Bücher mit Bauanleitungen für Bomben und Sprengsätze angeschafft werden? Nein, das konnte uns die Leiterin der Bücherei versichern.

Oder ist es jugendgefährdende Literatur, die zur Ablehnung vom 800,- Euro führte? Ja, da kamen wir schon ins Grübeln, schon die bereits vorhandenen Bücher wie „Räuber Hotzenplotz“, „Hänsel und Gretel“, „Der Wolf und die sieben Geißlein“, „Das kalte Herz“ zeigen bei näherer Betrachtung gewaltverherrlichende Züge. Vielleicht will die CDU die Kinder vor soviel Grausamkeit schützen. Aber andererseits: In den öffentlichen katholischen Büchereien gibt es diese Klassiker auch, das kann also auch nicht der Grund sein.

Dieses Grübeln über die Ablehnungsgründe führt natürlich auch dazu, dass man mit Außenstehenden spricht. Einige hatten auch den Zeitungsbericht in der AZ gelesen und sprachen uns daraufhin an. Wir haben immer erklärt, dass wir nicht verstehen können, wieso bei den drei verhandelten Anträgen gerade unser Antrag abgelehnt wurde.

„Leute“, haben wir nur gehört, „das liegt doch auf der Hand, ihr habt den Antrag gestellt. Weitere Gründe muss es nicht geben!“

Nee, haben wir gesagt, so einfach kann es nicht sein. Das glauben wir nicht, da muss es andere Gründe geben. Wäre es anders herum gewesen, also die CDU hätte im SpKFS-Ausschuss den Büchereiantrag gestellt, hätte sich die CDU genauso verhalten, die Gründe müssen so schwerwiegend sein, die CDU hätte ihren eigenen Antrag zurückgeholt.

Diese Naivität lassen wir uns nicht nehmen.

Obwohl, leicht ins Grübeln sind wir gekommen, als die CDU nachdem sie unsern Antrag strich, erklärte: „Wenn denn die Bücherei den Antrag auf Bezuschussung stellen würde, könnte sie ja aus dem CDU-Topf von 10.000 Geld erhalten“.

„Küss mir die Füße , pudert mir die Nase und ich bin vielleicht in all meiner Herrlichkeit bereit euch mit Brosamen abzuspeisen.“

Also der zweite Satz kam von mir. Den Satz hat die CDU nicht gesagt - also gesagt haben sie ihn nicht.

„Wenn denn die Bücherei den Antrag auf Bezuschussung stellen würde, könnte sie ja aus dem CDU-Topf von 10.000 Geld erhalten“.

Die Büchereiführung kann also aus Sicht der CDU einen Antrag stellen, der dann von der CDU wohlwollend behandelt wird.

Der Chef der Bücherei sitzt unter uns, es ist der nette freundliche junge Mann hier in der Mitte der linken Seite. Allerdings ist Herr Christoph Gottheil nicht der Vereinsvorsitzende, sondern der Bürgermeister und die Bücherei ist kein Verein, sondern eine gemeindliche Einrichtung!

Wir sind uns in der Fraktion im Moment noch nicht einig darüber, ob diese süffisante Aussage der CDU „Wenn denn die Bücherei den Antrag auf Bezuschussung stellen würde, .....“ aus Dummheit oder reiner Boshaftigkeit gemacht wurde. Vielleicht ist es auch beides.

Um es der CDU noch mal zu erklären: Die Bücherei an der Grundschule Holtwick ist Teil der gemeindlichen Einrichtung, sie ist kein Verein und kein Verband.

Wenn man dieser gemeindlichen Einrichtung Bücherei Geld zur Verfügung stellen will, muss man dies im Produkt 16 tun, so wie die Wählerinitiative Rosendahl es getan hat und was von Ihnen abgelehnt wurde.

Aber weiter im Text. Der HFA hatte noch einen anderen Tagesordnungspunkt zu behandeln, in dem es um eine Summe von 12.000 Euro ging. Würde man die Diskussionsdauer von 30 min über unseren Büchereiantrag zu Grunde legen, müsste bei dem 15-fachen Betrag zwar nicht von umgerechnet 7,5 Std Beratungsdauer ausgehen, aber sie sollte doch deutlich länger ausfallen. Nicht zuletzt deshalb, weil diese auf eine Änderung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung des Landes NRW basiert. Unter dem Motto „Stärkung des Ehrenamtes“ hat die Landesregierung eine Änderung der Aufwandsentschädigungen der Räte erlassen. Neben den Aufwandsentschädigungen für Ratsvertreter sind zusätzlich zu den stellvertretenden Bürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden auch die Ausschussvorsitzenden zu berücksichtigen.

Wer angenommen hatte, die CDU würde sich, wie immer vor Wahlen bisher üblich gewesen, über die Regelungen der SPD/Grünen geführten Landesregierung herziehen, musste verwundert die Augen reiben. Die schlampig gemachte und undifferenzierte Verordnung wurde nicht etwa von der CDU in Grund und Boden verdammt, sondern es waren die SPD und Grünen, die die Neuregelungen ihrer SPD/Grünen geführten Landesregierung zu recht scharf kritisierten. Die Vorgaben zur Umsetzung dieser Verordnung sehen für die kommunalen Vertretungen keine differenzierte Abstufung oder sitzungorientierte Zuwendung für die neu eingeführte Entschädigung für Ausschussvorsitzende vor, es gibt nur die Entscheidung „Zahlen oder nicht zahlen“, aber dann mit Begründung.

Die CDU hatte kein Problem damit, allen Ausschüssen die Zulage von 211,90 Euro/Monat, also 2524,80 Euro/Jahr zukommen zu lassen.

Nun ist es nicht immer richtig, Entscheidungen miteinander zu vergleichen, aber da am gleichen Tag, im gleichen Ausschuss von der CDU ein Zuschuss von 800 Euro oder umgerechnet 5 Euro/Schulkind und Jahr, verweigert wurde und im gleichen Atemzug der 500 fache Betrag für Ausschussvorsitzende genehmigt spricht für sich.

Das braucht man nicht weiter zu kommentieren!

Wir sind im letzten Jahr immer mal wieder von an der Lokalpolitik interessierten Personen gefragt worden, ob sich das Klima innerhalb des Rates verbessert habe. Konnten wir dies im letzten Jahr noch bestätigen, haben wir doch seit einiger Zeit wieder deutliche Rückfalltendenzen bemerken müssen.

Lassen Sie mich deutlich werden: Es gehört sich nicht, nicht anwesende Personen aufs Übelste zu beschimpfen, ihre Leistungen in den Dreck zu ziehen und Unwahrheiten zu verbreiten.

Wir sind tief enttäuscht, dass nicht einmal die eigenen Fraktionskollegen dieses unsägliche Verhalten stoppen oder stoppen wollen.

Bevor ich nun zum Schluss komme, möchte ich mich im Namen der Fraktion der Wählerinitiative Rosendahl bei allen Mitgliedern der Gemeindeverwaltung für ihren Einsatz zum Wohle der Gemeinde Rosendahl bedanken.

Unser besonderer Dank gilt der Kämmerin Anna Nürnberg und dem Bürgermeister Christoph Gottheil, die einen kompletten Arbeitstag zu den Haushaltsberatungen der Wählerinitiative Rosendahl Rede und Antwort gestanden haben und auch Fragen beantwortet haben, die wir nicht gesehen hatten.

Die Wählerinitiative wird dem Haushalt 2017 zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die WIR-Fraktion, Hartwig Mensing